

Bürgerlobby für die Energiewende: Wir haben die besseren Argumente

Zur Unterstützung der Diskussionen mit den Abgeordneten oder zur Vorbereitung eines inhaltlichen Redebeitrags im Rahmen der Bürgerlobby-Aktionen haben wir hier für euch die wichtigsten Argumente und Entgegnungen zusammengestellt. Natürlich ist das Thema Energiewende viel zu umfassend, um hier auf alle Argumente eingehen zu können, aber die großen Leitlinien haben wir hier zusammengestellt. Und sicherlich wisst ihr auch noch mehr Argumente dafür, warum Atomkraft nicht sicher ist, Kohlekraftwerke keine Alternative sind und nur Energiesparen und Erneuerbare Energien die Energiewende einleiten können.

Viel Erfolg bei den Aktionen und Diskussionen!

Forderung 1: Schalten Sie Atomkraft endgültig ab!

Argument: Selbst Regierungsberater haben vorgerechnet, dass wir bis spätestens 2015 vollständig auf Atomkraft verzichten können – ohne Atomstrom zu importieren oder neue, klimaschädliche Kohlekraftwerke bauen zu müssen. Die sieben ältesten Reaktoren und der Pannenreaktor Krümmel müssen für immer aus bleiben.

- Dass **Atomkraft gefährlich** ist, belegen die Reaktorkatastrophen von Harrisburg (1979), Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) zur Genüge. Dabei zeigt der Unfall von Fukushima, dass auch in hochtechnologisierten Staaten wie Japan oder Deutschland Atomunfälle nicht ausgeschlossen werden können.
- *Greenpeace* hat berechnet, dass den Energiekonzernen durch einen schnellen Ausstieg aus der Atomkraft bis zu 75 Milliarden Euro Gewinne entgehen könnten. Dem stehen aber **Kosten von mindestens 95 Milliarden Euro** entgegen, die alleine durch die Reaktorkatastrophe in Fukushima verursacht wurden. Zudem rechnen nahezu alle Energieexperten wie *Claudia Kempfert* vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung damit, dass **eine schnelle Energiewende positive wirtschaftliche Auswirkungen hätte**, weil viel Geld in Erneuerbare Energien investiert würde, was tausende Arbeitsplätze schafft oder sichert. Schon jetzt arbeiten rund 300.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien.
- Die **Auswirkungen eines Atomausstiegs auf die Strompreise sind eher gering** – und die meisten Menschen sind bereit, diese Kosten zu tragen: Zwischen 0,2 Cent und 5 Cent je Kilowattstunde liegen derzeit die Schätzungen, wobei realistische Zahlen wohl um die 0,5 Cent liegen dürften. Zum Vergleich: Schätzungen zufolge haben die Energiekonzerne über Jahre hinweg die Großhandelspreise für Strom um 20 Prozent erhöht, indem sie CO₂-Zertifikate, die sie geschenkt bekommen hatten, in die Kosten eingerechnet hatten – was ebenfalls um etwa 0,5 Cent je Kilowattstunde verteuert hat (nach *Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft*).
- Nach einer Umfrage für das Magazin *Stern* sind 60 Prozent der Bürger/innen bereit **bis zu zehn Euro im Monat** für den Atomausstieg mehr zu bezahlen – was rund 6 bis 10 Cent je Kilowattstunde bedeuten würde!
- Die Atomkraftwerke sind für die Energiekonzerne vor allem deswegen so interessant, weil diese schon längst abgeschrieben sind. So werden AKWs zu Gelddruckmaschinen, die sie

möglichst lange nutzen möchten. Schätzungen zufolge **verdienen die Konzerne jeden Tag mit jedem AKW ein Million Euro.**

- Auch *Prof. Dr. Olav Hohmeyer*, Energieexperte im Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) der Bundesregierung und Professor für Energiewirtschaft in Flensburg, hat vorgerechnet, dass bis 2015 alle Atomkraftwerke hierzulande vom Netz gehen könnten, ohne Atomstrom importieren oder neue Kohlekraftwerke bauen zu müssen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch *Greenpeace* mit seinem Plan B.
- Anders als bei Atomkraft, **werden Erneuerbare Energien langfristig dazu führen, dass die Strompreise sinken.** Denn Sonne und Wind sind kostenfrei – und jede zusätzliche Kilowattstunde Strom kostet nichts zusätzlich. Die so genannten *Grenzkosten* sind also Null. Bei Atomkraft oder anderen, fossilen Kraftwerken fallen immer zusätzliche Kosten an.

Forderung 2: Sorgen Sie für eine deutlich effizientere Energienutzung!

Argument: Schaffen Sie ein Sofortprogramm, um den Stromverbrauch jährlich um zwei Prozent zu senken. Stocken Sie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wieder auf und machen Sie den öffentlichen Personenverkehr attraktiver. Verlangen Sie von der Automobilindustrie endlich Fahrzeuge, die deutlich weniger Kraftstoff verbrauchen.

- Die einfachste Möglichkeit, die Energiewende zu schaffen ist endlich **konsequent auf Energiesparen zu setzen.** Nach Berechnungen des *ifeu-Instituts* im Auftrag des *BUND* könnten bis 2020 kostenneutral etwa **die Leistung von zehn Atomkraftwerken eingespart werden**, indem am Markt verfügbare Techniken auch genutzt würden.
- Im Strombereich können mit intelligenten Maßnahmen Unmengen an Energie gespart werden:
 - Der *Top-Runner-Ansatz*, wie er etwa in Japan zum Einsatz kommt, sorgt dafür, dass das **effizienteste Produkt nach zwei Jahren den Standard vorgibt**, an dem sich alle neuen Geräte orientieren müssen. Andernfalls werden Strafen fällig.
 - Mit einem **Fonds für Energieeffizienz** muss die Einführung energieeffizienter Geräte (z.B. Bürobeleuchtung, regelbare Elektromotoren) gefördert werden.
- Eines der effizientesten Klimaschutz- und Energiesparprogramme der Bundesregierung war bisher das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Während im Jahr **2009 dafür noch 2,2 Milliarden Euro an Unterstützung für zinsgünstige Kredite** zur Verfügung standen, hat die Bundesregierung **seitdem radikal gekürzt – und 2012 soll kein Geld mehr fließen.** Dabei hat das Programm 300.000 Jobs in der Bauwirtschaft geschaffen oder gesichert und sorgt für jährliche CO₂-Einsparungen von 1,2 Millionen Tonnen. Wir fordern mindestens 2 Milliarden Euro jedes Jahr für das Programm, denn so werden fossile Energieträger eingespart, die dann für die Stromerzeugung genutzt werden können.
- Im Verkehrsbereich müssen endlich die **Steuerprivilegien für Dienstwagen** so angepasst werden, dass große Autos nicht mehr übermäßig bevorzugt werden. Etwa 60 Prozent der Neuwagen sind Dienstwagen. Das *Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS)* hat berechnet, dass die derzeitigen Steuerregeln für Dienstwagen **jährlich staatliche Mindereinnahmen von rund neun Milliarden Euro** bedeuten.
- Auf europäischer Ebene hat die Bundesregierung mehrfach **strengere Verbrauchsgrenzwerte für Fahrzeuge verhindert** – zuletzt im November 2010. Sie fürchtet, dass deutsche Autobauer wegen ihrer Ausrichtung auf große, verbrauchsstarke Autos im Wettbewerb ins Hintertreffen geraten könnten. Doch jetzt fehlt jeder Anreiz, um mit Innovationen Sprit zu sparen.

Forderung 3: Verhindern Sie den Bau neuer Kohlekraftwerke!

Argument: Die Energiewende kann nicht bedeuten, dass statt Atomkraft klimaschädliche Kohle den Strom liefert. Setzen Sie stattdessen auf eine flexible und dezentrale Stromversorgung mit Blockheizkraftwerken. Fordern Sie von der Europäischen Union ein verbindliches Klimaschutzziel von mindestens minus 30 Prozent CO₂-Emissionen bis 2020, das wichtige Anreize für Investitionen in saubere Industrien setzt.

- Das akute Risiko eines atomaren Unfalls darf **nicht durch die schleichende Veränderung des Klimas ersetzt** werden. Denn durch die Überflutung von Küstengebieten, die Austrocknung von ganzen Landstrichen und Verschiebungen der Klimagrenzen werden nicht nur natürliche Lebensräume zerstört, sondern vor allem die weltweit Ärmsten massiv betroffen.
- Kohlekraftwerke gehören zu den schlimmsten – und den vermeidbarsten – Belastungen für das Klima. Bei der Verbrennung von Kohle wird so viel CO₂ frei, wie sonst bei keiner Möglichkeit, Strom zu gewinnen. Weil sie so groß sind, kann ihre Abwärme nur zu geringen Teilen anderweitig genutzt werden, so dass **meist 55 Prozent der Energie in die Umwelt abgeleitet werden** muss.
- Anders als dezentrale Gaskraftwerke, die gleichzeitig zur Erzeugung von Wärme und Strom genutzt werden, **können Kohlekraftwerke ihre Leistung kaum an die schwankende Stromerzeugung aus Sonne und Wind anpassen**. Um ein- oder ausgeschaltet zu werden, brauchen sie bis zu zwölf Stunden Zeit. Sie verhindern so, dass Erneuerbare Energien ausgebaut und gut in das Stromnetz integriert werden können.
- **Bereits acht neue Kohlekraftwerke sind in Deutschland derzeit im Bau** und gehen bald ans Netz. Da Kohlekraftwerke bis zu 40 Jahre Strom produzieren müssen, um ihre Investitionskosten wieder einzuspielen, verhindern alleine diese Kraftwerke, dass wir 2050 unsere Klimaschutz-Ziele einhalten können, wie der *Sachverständigenrat für Umweltfragen* der Bundesregierung berechnet hat.
- Um konsequent auf einen Ausbau Erneuerbarer Energien zu setzen, müssen die **Klimaschutz-Ziele der Europäischen Union angepasst werden**. Denn diese geben den Rahmen dafür vor, wie viel Treibhausgase in Deutschland ausgestoßen werden dürfen. Selbst *Umweltminister Norbert Röttgen* fordert, dass die EU ihr Klimaschutzziel von derzeit 20 Prozent Emissionsminderung bis 2020 auf 30 Prozent anhebt, um so Impulse für eine ökologische Erneuerung der Industrie zu setzen. Das *Climate Action Network Europe (CAN Europe)* hat berechnet, dass ein höheres EU-Klimaschutzziel auch für den Bundeshaushalt etwa 15 Milliarden Euro Mehreinnahmen von 2013 bis 2020 bedeuten würde. Nach Angaben der Europäischen Kommission würde die Wirtschaftsleistung kurzfristig um 0,2 bis 0,3 Prozent zurückgehen, dafür aber bis 2050 um 10 Prozent steigen.

Forderung 4: Machen Sie den Weg frei für Erneuerbare Energien!

Argument: Schaffen Sie die Rahmenbedingungen dafür, dass die Erneuerbaren Energien bis 2020 die Hälfte des Strombedarfs decken. Sorgen Sie für einen Ausbau der Stromnetze, der sich an den Anforderungen der Erneuerbaren Energien orientiert, nicht an denen der Großkraftwerke.

- Bei verlässlichen Rahmenbedingungen rechnet der *Bundesverband Erneuerbare Energien* damit, dass **schon 2020 47 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien**

gedeckt werden können. Die Bundesregierung rechnet lediglich mit 30 Prozent. Dabei lag die Regierungsschätzung in der Vergangenheit eigentlich immer unter dem tatsächlichen Ausbau.

- Die Struktur der **Stromnetze** prägt in weiten Teilen, welche Kraftwerke Strom liefern können – und welche nicht. Bis vor Kurzem haben die Energiekonzerne die Netze vollständig kontrolliert, inzwischen nur noch teilweise. Damit die Konzerne die Kontrolle über die Netze nicht ausnutzen, muss **die Bundesnetzagentur als Aufsichtsbehörde gestärkt** werden.
- Die **Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien** werden mittel- und langfristig durch die Vermeidung von Folgekosten bei weitem ausgeglichen. Investitionen in Erneuerbare Energien führen im Gegenteil zu Innovationen, die Arbeitsplätze schaffen und die Abhängigkeit von Energieimporten reduzieren.
- Bei der Planung von neuen Stromleitungen und Windkraftanlagen müssen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig eingebunden werden. So lassen sich langjährige Streitereien und Gerichtsverfahren vermeiden. In Zukunft muss der Ausbau von Stromnetzen vermehrt durch **unterirdische Kabeltrassen** erfolgen.
- Als optimale Ergänzung zu Erneuerbaren Energien können derzeit **nur hocheffiziente Gaskraftwerke** zählen. Diese können schnell gebaut (Bauzeit ca. 2 Jahre – Kohlekraftwerke ca 4 Jahre) und schnell hoch- und runtergeregelt werden, um sich an die Schwankungen der Stromerzeugung mit Sonne und Wind anzupassen.
- Kurzfristig muss die **Forschung an Energiespeichern und intelligenten Stromnetzen** (smart grids, Lastmanagement, intelligente Stromzähler) besser finanziert werden, um bald auch auf teure, importierte fossile Energieträger verzichten zu können. So kann der Umbau zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien gelingen. Dieses Ziel muss auch die Bundesregierung bis spätestens 2050 anstreben.

Weiterführende Links:

- 100 gute Gründe gegen Atomkraft:
<http://100-gute-gruende.de/index.xhtml>
- BUND-Kampagne gegen Stromfresser:
http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/klima_energie/stromfresser_stoppen/
- Argumente gegen Kohlekraftwerke der Klima-Allianz:
<http://www.kohle-protest.de/argumente/>
- Unendlich viel Energie: Informationen zu Erneuerbaren Energien:
<http://www.unendlich-viel-energie.de/>